



AMBASSADE DE SUISSE

P.Br.Nr. 36

London, den 30. Oktober 1968

SF/be.

Herrn Botschafter P. Micheli
 Generalsekretär des Eidgenössischen
 Politischen Departements

3003 B e r n

cn						
Datum						
Visa						
EPD	5. NOV. 1968					
Ref. p. A. 21. 31.	London					

Vietnam-Demonstration
 in London - Fehlstart einer
 verspäteten "Mai-Revolution"

Herr Botschafter,

Vielfach geäusserten Befürchtungen zum Trotz hat die schon seit Monaten angekündigte, von der "Vietnam Solidarity Campaign" und andern linksextremen Gruppen letzten Sonntag in London durchgeführte Massendemonstration gegen den Vietnamkrieg einen verhältnismässig geordneten Verlauf genommen. Lediglich vor der amerikanischen Botschaft - und damit auch in unmittelbarer Nachbarschaft meiner Residenz - kam es zu zeitweise heftigen Zusammenstössen zwischen etwa 5'000 besonders radikal gesinnten, teilweise wohl auch nur besonders rauflustigen, Demonstranten und starken, ihres Amtes mit bewundernswerter Zurückhaltung und Selbstbeherrschung waltenden Ordnungskräften. Da der Polizeikordon den wiederholten Durchbruchversuchen der Angreifer standzuhalten vermochte, zerstreute sich die Menge nach Einbruch der Dunkelheit allmählich. Dass es in diesem Endstadium der Manifestation vereinzelt zur Zerstörung von Schaufenstern und selbst zur versuchten Plünderung von Ladengeschäften kam, bestätigt den



Eindruck, die Motive eines Teils der Demonstranten verdienten kaum als legitim politisch betrachtet zu werden.

Zweifel an der Lauterkeit der pazifistischen Absichten mancher Manifestanten sind aber auch insofern berechtigt, als der erklärte Zweck des Aufmarsches - Ausdruck der Solidarität mit Nordvietnam und dem Vietcong - zeitweilig zurücktrat hinter den Versuch, die Polizei zu gewaltsamem Einschreiten herauszufordern und sie damit in den Augen einer öffentlichen Meinung zu diskreditieren, die hier jeder Tendenz zu handgreiflicher Knebelung der freien Meinungsäusserung seit jeher abhold ist. Wie sehr man in Grossbritannien auf die Respektierung auch der Demonstrationsfreiheit als eines schutzwürdigen Grundrechts und auf ihre weitherzige Handhabung bedacht ist, zeigte sich letzte Woche neuerdings im Unterhaus, als der Vorstoss eines rechtskonservativen Abgeordneten auf Einführung eines Demonstrationsverbotes für Ausländer selbst in den Reihen seiner eigenen Partei eine klare Abfuhr erlitt.

Die Eindeutigkeit dieser Reaktion des Parlamentes ist umso bemerkenswerter, als unter den Animatoren der jüngsten Demonstration Träger so unenglischer Namen wie Tariq Ali, Abhimanyu Manchanda und Adolpho Olaechea einen prominenten Platz einnahmen. In dem Klima traditioneller Liberalität und Toleranz, das die Tätigkeit internationaler Agitatoren ihres Schlages in Grossbritannien zulässt, können wirkliche oder vorgebliche Opfer polizeilicher Repression auf die moralische Unterstützung weiter Kreise zählen und sich Sympathien verschaffen, aus denen sich leicht politisch-propagandistisches Kapital schlagen liesse. Im Interesse der Stabilität der innenpolitischen Lage Grossbritanniens hat man daher alle Ursache, den Londoner Polizisten dafür dankbar zu sein, dass sie sich - ungleich ihren Pariser Kollegen anlässlich der Mai-Unruhen - auf eine Eskalation der Gewalttätigkeit nicht eingelassen und den auf Schaffung einer "revolutionären

Situation" nach französischem Muster abzielenden Elementen keinen Ansatzpunkt zu einer die Grundlagen der bestehenden Ordnung in Frage stellenden "Kontestation" geboten haben.

Die auffälligen Unterschiede im polizeilichen Verhalten angesichts politischer Agitation, die zwischen England und dem Kontinent festzustellen sind, mögen sich teilweise daraus erklären, dass besondere, militärisch organisierte Polizeiverbände zur Bekämpfung von Unruhen (CRS, Bereitschaftspolizei) hier nicht existieren, sondern der Ordnungsdienst auch in Ausnahmesituationen wie jener von verganginem Sonntag dem in der Regel alles andere als brutal gestimmten Londoner "Bobby" anvertraut ist. Innenminister Callaghan als oberster Chef der Ordnungskräfte sieht die Zweckmässigkeit seiner - Festigkeit mit Zurückhaltung klug verbindenden - Direktiven durch den Ausgang der soeben bestandenen Kraftprobe bestätigt und sein persönliches Prestige entsprechend erhöht.

Ein gewisser Zusammenhang zwischen der auch in Grossbritannien seit längerer Zeit festzustellenden studentischen Unrast und der Vietnamagitation besteht zweifellos. Am augenfälligsten kam er zum Ausdruck in der "Besetzung" der wie gewohnt auflüpfigen "London School of Economics" durch ihre Studenten und der Umwandlung eines Teils dieses Universitätsgebäudes in ein Notspital für Opfer allfälliger Zusammenstösse. Diese Aeusserung uneingeschränkter studentischer Solidarität, ebenfalls offenkundig durch Pariser Vorbilder inspiriert, blieb jedoch vereinzelt; der Präsident des britischen Studentenverbandes erliess im Gegenteil eine eindringliche Mahnung an seine Mitglieder, der Demonstration fernzubleiben und ihre legitimen Forderungen auf dem Gebiet der Hochschulreform nicht durch die Unterstützung "politischer Radaubröder" (political hooligans) zu kompromittieren. Seine Stellungnahme mag dazu beigetragen haben, dass die Gesamtzahl der Demonstrationsteilnehmer mit schätzungsweise 25'000 weit hinter den Erwartungen der Initianten zurückblieb. Selbst diese reduzierte Gefolgschaft liess sich nur dadurch

- 4 -

zusammenbringen, dass man nebst "Vietniks" aller Schattierungen auch Organisationen mitmarschieren liess, die gegen den Krieg in Biafra, die griechischen Obersten, Jan Smith und die Einkommenspolitik der Regierung protestierten. Ein Reporter der "Times" will unter den unzähligen Gruppen und Grüppchen, die mit Bannern und Transparenten durch Londons Strassen zogen, sogar eine Abordnung der "Ecole Internationale de Genève" bemerkt haben. Es bleibt nur zu hoffen, dass man in den Kreisen der Genfer "Vigilants" die "Times" nicht allzu gründlich liest!

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

